

Engagementpolitik in der 18. Wahlperiode des Bundestages – Zeit für nachhaltige Reformen

Die Traditionslinien der SPD

In diesem Jahr fällt die Bundestagswahl mit einem Jubiläum zusammen: Die SPD feiert ihr 150jähriges Bestehen. Damit ist die SPD die älteste demokratische Partei Deutschlands und eine der ältesten international. „Die SPD ist seit 150 Jahren das Rückgrat der deutschen Demokratie! Sie ist die demokratische Konstante in der deutschen Geschichte“, wie es Sigmar Gabriel in seiner Festrede formulierte. „Bis heute“, so Sigmar Gabriel weiter, „ist unser Weg ein Weg zu mehr Frieden und Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie.“

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten für eine solidarische und fortschrittliche Gesellschaft ein, die den Einzelnen schützt und ihn zur Selbstbestimmung befähigt. In dieser Tradition hat die SPD bei der Ausarbeitung des Regierungsprogrammes unter dem Motto „Das Wir entscheidet“ auf die Mitwirkung und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger gesetzt und zum ersten Mal den Schritt gewagt, auch Nicht-Mitglieder an der Diskussion um das Programm zu beteiligen.

Das Ergebnis waren 40.000 ausgefüllte Dialog-Karten, die die SPD seit September 2012 erreicht haben mit Vorschlägen, Anregungen, Ideen, Kritik zu den verschiedensten Politikbereichen: vom Schutz vor Altersarmut über die Gesundheitsversorgung, bessere Schulen und Hochschulen, faire Löhne, Schutz vor unsicheren Arbeitsverhältnissen bis zur schärferen Regulierung des Banken- und Finanzmarktes.

Die interessantesten Anregungen wurden ausgewählt, die Absenderinnen und Absender eingeladen, gemeinsam diskutiert und aus den Ideen konkrete Projekte und Vorschläge erarbeitet. Diese sind in die weitere, parteiinterne Debatte um das Regierungsprogramm mit eingeflossen.

Mit dem Programm hat sich die SPD zum Ziel gesetzt, die Engagementpolitik weiter voranzubringen, echte Reformen anzustoßen, dem Engagement den richtigen Rahmen zu bieten und anzuknüpfen an die Engagementpolitik in Regierungsverantwortung.

Die Arbeit der Enquetekommission zur „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ im Jahr 1999 unter Rot-Grün war ein Meilenstein. Die Ergebnisse der Enquetekommission wurden in zahlreichen rot-grünen Reformprojekten und Initiativen umgesetzt, nur einige Beispiele:

- Mit dem Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement wurde ab 2002 der Engagementpolitik im Parlament eine Plattform geboten.
- Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ fördert seit 1999 das Engagement in Quartieren mit sozialen Problemen.
- Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement wurde 2002 gegründet.
- Die Jugendfreiwilligendienste wurden quantitativ und qualitativ ausgebaut, „Weltwärts“ und „Kulturweit“ als neue Freiwilligendienste ins Leben gerufen.
- Generationsoffene Freiwilligendienstprogramme wie die „Generationsübergreifenden Freiwilligendienste“ und die „Freiwilligendienste aller Generationen“ wurden geschaffen.
- Die Gesetzliche Unfallversicherung für bürgerschaftlich Engagierte wurde ausgebaut.
- Die Rahmenbedingungen im Gemeinnützigkeits-, Spenden- und Stiftungsrecht wurden mit der Reform „Hilfen für Helfer“ verbessert.
- Die Stifterfreiheit wurde im Stiftungssteuer- und Zivilrecht gestärkt und bürokratische Hürden abgebaut.
- Befreiung ehrenamtlicher Vorstände von Vereinen und Stiftungen von unkalkulierbaren Risiken durch zivilrechtliche Haftungsbegrenzungen.

Die 17. Wahlperiode: Eine verpasste Chance für eine zukunftsorientierte Engagementpolitik

In der 17. Wahlperiode wurde von der schwarz-gelben Bundesregierung die Chance verpasst und das Vertrauen verspielt, Engagementpolitik gemeinsam mit der Zivilgesellschaft zukunftsfähig weiter zu entwickeln. Einige Beispiele:

Stichwort „Nationale Engagementstrategie“: Die Bundesregierung hat den Anspruch formuliert, gemeinsam mit der Zivilgesellschaft eine Engagementstrategie zu entwickeln. Das Nationale Forum für Engagement und Partizipation wurde zunächst sogar unterstützt. Aber in der Beschlussfassung spielten die Vorschläge und Ideen der nationalen Plattform keine Rolle und blieben unberücksichtigt: Beteiligung wurde zu einer Alibiveranstaltung, die Zivilgesellschaft verprellt und Vertrauen verspielt. Die von der Bundesregierung im Oktober 2010 beschlossene Strategie entpuppte sich als eine Auflistung von Projekten und Vorhaben, wenig substantiell und hat in der Legislaturperiode keine weitere Rolle mehr gespielt.

Stichwort Freiwilligendienste: Mit der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes fand eine Verstaatlichung von Freiwilligendiensten statt. Zwar gibt es durch den neuen Bundesfreiwilligendienst mehr Freiwilligendienstplätze und der Freiwilligendienst wurde für Ältere geöffnet. Das Konzept der SPD setzt auf den Ausbau der Freiwilligendienste in zivilgesellschaftlicher Verantwortung. Das heißt, die vorhandenen und eingeführten Freiwilligendienste FSJ und FÖJ quantitativ und qualitativ weiterzuentwickeln.

Stichwort Engagementbericht: Es gibt einen Ersten Engagementbericht, vorgelegt von der Bundesregierung im August 2012 unter dem Titel „Für eine Kultur der Mitverantwortung“ (Drs. 17/ 10580). Ein 1400 Seiten dickes Werk! Und wartet mit einer neuen Definition von bürgerschaftlichem Engagement auf:

„Bürgerschaftliches Engagement ist freiwillige Mitverantwortung im und für den öffentlichen Raum. Es reflektiert und anerkennt die Bürgerpflichten gegenüber dem Gemeinwesen. Es wird von Individuen und Organisationen erbracht.“

Es ist von „Bürgerpflicht“ die Rede und „Mitverantwortung“ wird eingefordert. Die Zivilgesellschaft ist alarmiert. Diese Definition ist normativ überfrachtet und eine Abkehr von der bisherigen Debatte, dass **bürgerschaftliches Engagement freiwillig erfolgt, nicht verordnet werden kann, und jede und jeder für sich entscheidet, wofür er oder sie Zeit, Energie und Empathie aufbringen will.** Und, dass bürgerschaftliches Engagement nicht als Ausfallbürge missbraucht werden darf. Doch genau das scheint Schwarz-Gelb mit dem „Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts“ zu beabsichtigen.

Stichwort Reform des Gemeinnützigkeitsrechts: Mit dem schwarz-gelben „Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes“ wurde der Rückwärtsgang eingelegt und der überfraktionelle Konsens, in der Engagementpolitik an einem Strang zu ziehen, aufgekündigt. Das Gesetz bleibt hinter den Erwartungen der Vereine, Organisationen, ja der gesamten Zivilgesellschaft zurück. Sie hatten sich mehr erhofft.

Rund 23 Millionen Menschen engagieren sich in Deutschland. Sie sind in über 550.000 Vereinen, 19.500 Stiftungen, Initiativen, Genossenschaften und Netzwerken auf unterschiedliche Weise, zeitintensiv wie kurzfristig aktiv. 2,5 bis drei Millionen Menschen unterstützen mit ihrem freiwilligen Engagement die Freie Wohlfahrtspflege. 1,8 Millionen freiwillige Helferinnen und Helfer engagieren sich im Katastrophenschutz. Die meisten Aktiven sind im Bereich Sport: 8,8 Millionen Freiwillige in 91.000 deutschen Sportvereinen leisten dort mehr als 500 Millionen Stunden freiwillige Arbeit pro Jahr für rund 27 Millionen Vereinsmitglieder. 1,85 Millionen sind ehrenamtliche Vorstände beziehungsweise Vorsitzende. Sieben Millionen helfen im Spiel- und Wettkampfbetrieb.

Bürgerschaftliches Engagement bedeutet: Selbsthilfegruppen und politische Partizipation, das klassische Ehrenamt genauso wie das Stiften und Spenden von Geld und auch Freiwilligendienste. Die Formen sind im Fluss. Das schwarz-gelbe Gesetz ignoriert das. Es legt den Schwerpunkt auf finanzielle Anreize für das Engagement und tut viel für die Stiftungen. Aber alle die, die bisher keinen finanziellen Ausgleich für ihr Engagement erhalten – das sind immerhin 77 Prozent – gehen leer aus. Wohin die Reise gehen soll, lässt sich zudem an den Begriffen „Ehrenamt“ anstatt „bürgerschaftliches Engagement“ und im Begründungsteil ablesen:

„In Zeiten knapper öffentlicher Kassen gewinnt die Förderung und Stärkung der Zivilgesellschaft an Bedeutung, denn die öffentliche Hand wird sich wegen der unumgänglichen Haushaltskonsolidierung auf ihre unabweisbar notwendigen Aufgaben konzentrieren müssen.“

Diese Weichenstellungen leisten einer **Ökonomisierung der Zivilgesellschaft** Vorschub. Es ist an der Zeit, die vollzogene weitere Erhöhung der Ehrenamts- und Übungsleiterpauschale auf ihre Wirkung hin zu überprüfen. Sind sie die richtige Form der Anerkennung für Engagement oder führen sie zu noch mehr Missbrauch, wie beispielsweise zur Umgehung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung durch die Kombination mit 400-Euro-Jobs? Wie ist das Verhältnis von Übungsleiterpauschale und Ehrenamtspauschale zu werten? Sind die Tätigkeitsfelder von Engagement arbeitsmarktneutral? Ein Monitoring muss hier Klarheit schaffen, ob die Arbeitsmarktneutralität von Engagement noch gegeben ist oder in Gefahr gerät.

Leitlinien im SPD-Regierungsprogramm 2013 für mehr Teilhabe - Das WIR entscheidet

Die Sozialdemokratie versteht sich als **Treiber einer umfassenden Demokratisierung** der Gesellschaft. Die parlamentarische sowie die Möglichkeiten der direkten Demokratie müssen weiter gestärkt werden, damit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber Politik und staatlichen Institutionen wieder wächst. Dazu muss die parlamentarische Demokratie durch Elemente der direkten Demokratie ergänzt werden. Ziel ist, dass wieder mehr Menschen zur Wahl gehen und damit politische Entscheidungen mehr Legitimität erhalten.

Die **digitale und technische Innovation** eröffnet zusätzliche Mitwirkungsmöglichkeiten. Diese Möglichkeiten müssen weiter aufgegriffen, weiterentwickelt und sinnvoll eingesetzt werden. Die Verwaltung soll Transparenz als Chance für mehr Vielfalt und Innovation begreifen. Gleichzeitig ermöglicht daher mehr Transparenz auch Kontrolle.

Die SPD will die **klassisch-repräsentative Demokratie** um neue und weitergehende Formen der **demokratischen Partizipation** auf allen politischen Ebenen ergänzen. Eine Möglichkeit ist die Nutzung neuer digitaler Technologien, zum Beispiel in Form von Online-Petitionen und -Befragungen oder Ideen-Wettbewerbe („Crowdsourcing“), wenn sie eine ermöglichende Rolle spielen. Selbstverständlich ist für die SPD aber

auch, dabei jene Menschen mitzunehmen, die mit diesen neuen Möglichkeiten noch nicht vertraut sind.

Eine **umfassende und chancengleiche Möglichkeit der Teilhabe** ist Grundvoraussetzung dafür, dass Menschen sich als Teil der Gesellschaft verstehen und sich in ihr engagieren. Die SPD will eine Gesellschaft, deren sozialer Zusammenhalt durch gegenseitige Wertschätzung und Anerkennung im Umgang miteinander in jeder Situation gestärkt wird.

Neben einer Teilhabekultur brauchen wir eine **Willkommenskultur**. Nur so können Freiheit, Chancengleichheit, Bildung und Arbeit für alle geschaffen werden. Integrationspolitik neu zu denken bedeutet für die SPD, den Begriff der Integration zu überwinden und durch den selbstverständlichen gesellschaftspolitischen Anspruch auf Teilhabe und Partizipation zu ersetzen.

Das bedeutet auch, dass mehr **Demokratie im Betrieb** notwendig ist. Mitbestimmung ist ein wesentliches Element unserer Vorstellung von Wirtschaftsdemokratie und hat sich bewährt. Mitbestimmte Unternehmen sind erfolgreicher.

Wir wollen **bürgerschaftliche Beteiligungsformen** fördern, um die öffentliche Akzeptanz von Infrastruktureinrichtungen zu stärken. Eine grundlegende Beteiligung der Menschen vor Ort stellt dabei noch immer die kommunale Trägerschaft dar.

Voraussetzung um sich zu engagieren ist **Zeit**. Die SPD will den Raum dafür schaffen, dass Menschen besser über ihre Zeit verfügen können. Mehr Zeitsouveränität um Ausbildung, Beruf, Familie und Engagement zu vereinbaren.

Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt stärken

Bürgerschaftliches Engagement ist für die SPD Teil einer **lebendigen Demokratie**. Dies wird im SPD Regierungsprogramm deutlich. Das Kapitel „Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt stärken“ als Teil des Kapitels „Demokratie stärken“.

Eine **Gesellschaft des längeren Lebens** eröffnet neue Chancen – auch für mehr Solidarität zwischen den Generationen. Freundschaften, Netzwerke, Dienstleistungen für Menschen und bürgerschaftliches Engagement gewinnen an Bedeutung. Dazu zählen neben den klassischen Freiwilligendiensten beispielsweise auch Bildungs-, Familien- und Sozialpatenschaften sowie Freizeitassistenzen für Menschen mit Behinderungen.

Die **Vielfalt des Engagements** ist zentral. In Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Umweltorganisationen, Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, Selbsthilfegruppen, Migrant*innen-Organisationen, Stiftungen, Freiwilligendiensten, Netzwerken und anderen Organisationen findet bürgerschaftliches Engagement statt. Dieser Vielfalt muss die Politik Rechnung tragen.

Das **Engagement junger Menschen** ist zentral für die Entwicklung unserer Zivilgesellschaft. Die Rahmenbedingungen für das Engagement junger Menschen müssen gezielt verbessert werden. Die SPD wird gesellschaftspolitisches Engagement in Vereinen und Verbänden bei der Bemessung der Förderzeiten im Rahmen des BAföG dem hochschulpolitischen Engagement gleichstellen. Zudem müssen Regelungen entwickelt werden, wie Auszubildende mehr Zeitautonomie für gesellschaftspolitisches Engagement erhalten.

Nach wie vor setzt die SPD auf den **Ausbau** der bewährten Jugendfreiwilligendienste **FSJ** und **FÖJ**. Der Bundesfreiwilligendienst muss nachgebessert werden. Die SPD setzt sich für Transparenz und Rechtssicherheit für Jugendfreiwilligendienste ein. Dazu ist ein Freiwilligendienstestatus-gesetz notwendig.

Das **Engagement vor Ort** in Freiwilligenagenturen, Engagementzentren oder -börsen, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen muss stärker initiiert und unterstützt werden. Die SPD will, dass der Bund die Kommunen bei der Engagementförderung direkt unterstützen kann. Deshalb setzt sie sich für die **Streichung** des entsprechenden **Kooperationsverbots** im Grundgesetz ein.

Dazu gehört, dass die **Mehrgenerationenhäuser** durch eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen weiter gefördert werden. Bei Projekten und Unternehmungen mit kulturellen und sozialen Zwecken sind genossenschaftlich organisierte Betriebsformen zu ermöglichen. Hierzu sollen die Gesetze angepasst werden.

Sport ist die größte Bürgerbewegung in Deutschland. Sport vermittelt Werte wie Toleranz und Fairness. Sport bringt Menschen zusammen. Sport ist Teil eines gesunden Lebensstils und unterstützt Integration und Bildung. Die SPD fördert den Breiten- und den Leistungssport und betrachtet beides als geeignetes Instrument, um die Inklusion für eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung voranzutreiben.

Bürgerschaftliches Engagement braucht die richtigen Bedingungen: Bildungszeiten, Arbeitszeiten, Übergangszeiten, Engagement und Freizeit müssen in eine neue Balance gebracht und die Voraussetzungen für lebenslanges Lernen geschaffen werden. Dies ist eine wichtige Säule unserer Initiative für mehr Zeitsouveränität. In diesem Zusammenhang gibt es besondere Faktoren für Bürgerschaftliches Engagement wie Unkostenerstattung, Versicherungsschutz, Freiwilligenmanagement, Fortbildungsangebote.

Das Engagement muss Möglichkeiten zur Teilhabe und Mitgestaltung bieten und Engagierten Handlungs- und Kreativitätsspielräume einräumen. Gute Rahmenbedingungen und verlässliche Förderstrukturen sind für Hospiz- und Besuchsdienste, für Engagierte in Alzheimergesellschaften, für Pflegebegleiter, für Seniorenorganisationen und für Seniorenengagementschaften unerlässlich. Auch für erfolgreiche Integration ist ehrenamtliches Engagement unverzichtbar: in der Nachbarschaft, im Sportverein, in sozialen Einrichtungen, bei den Wohlfahrtsverbänden oder in den Migrant*innenorganisationen.

Ein Ausblick aus persönlicher Sicht

Wenn es Parlament und Regierung ernst meinen, die Zivilgesellschaft als gleichberechtigte Partner bei der Entwicklung und Umsetzung der Engagementpolitik einzubeziehen, muss das Konsequenzen für die Arbeits- und Entscheidungsstruktur im Parlament und in der Regierung haben.

Engagementpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, über einzelne Ressorts und Ministerien hinweg. Damit der Dialog auf gleicher Augenhöhe mit der Zivilgesellschaft geführt werden kann, braucht es auch einen Ansprechpartner an zentraler Stelle, beispielsweise im Kanzleramt oder einem Ministerium für „Integration und Demokratie“.

Auch im Parlament sind neue Strukturen überfällig. Elf Jahre Arbeit im Unterausschuss haben gezeigt, dass die Implementierung eines eigenständigen Ausschusses für Engagement und Partizipation dringend geboten ist. Angesichts der zukünftigen Herausforderungen Engagementpolitik nachhaltig zu gestalten, braucht es einen eigenständigen Ausschuss, der nicht nur mit beraten sondern auch mitentscheiden darf bei Gesetzesvorhaben, die Wirkungen auf Engagement Teilhabe und Partizipation haben.

Ute Kumpf, MdB (SPD), ist Sprecherin der Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement der SPD-Fraktion und stellvertretende Vorsitzende im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement.

Kontakt: ute.kumpf@bundestag.de